

„Ohne Regierung werden wir jede Woche solche Farcen erleben“, klingt es pessimistisch in der Kammer, wo die Mäuse auf dem Tisch zu tanzen scheinen: Da die Minderheitsregierung mit nur 38 Sitzen völlig machtlos ist, ist der Weg frei für Wechselmehrheiten am laufenden Band – mit Extremlinks und Extremrechts in der Regie.

Aus Brüssel berichtet

Gerd Zeimers

„Freiheit ist wichtiger als Glück.“ Mit diesem Oneliner verteidigte der stellvertretende Premierminister Koen Geens (CD&V) am Sonntag im flämischen Fernsehen das Recht des Parlaments, Initiativen zu ergreifen. Er verwies auf den erfolgreichen Versuch der linksradikalen PTB von vergangener Woche, zusätzliche Mittel für Krankenpfleger in den Nothaushalt aufzunehmen. Das dürfte den Staat etwa 400 Millionen Euro pro Jahr kosten, obwohl in diesen Zeiten der geschäftsführenden Tätigkeit eigentlich kein Spielraum für neue politische Initiativen da ist.

Belgien arbeitet seit Anfang dieses Jahres mit vorläufigen Zwölfkeln (auch Nothaushalt genannt). Das bedeutet, dass pro Monat nicht mehr ausgegeben werden darf als im Vorjahr. Diese vorläufigen Zwölfkel werden alle paar Monate im Parlament für den kommenden Zeitraum genehmigt. Diese Abstimmung erlaubt es der Regierung, Ausgaben zu tätigen und Steuern einzuziehen. Sie dient somit als Grundlage dafür, dass das Land ohne eine Regierung mit vollen Befugnissen weiter funktioniert.

Die Freiheit, von der Geens spricht, macht ihn als Regierungsmitglied nicht glücklich. Es wäre besser, wenn diese Freiheit gelenkt würde, sagte er und plädierte für klare Arbeitsregelungen zwischen der diensttuenden Regierung und dem Parlament. „Arbeitsvereinbarungen sind notwendig, um wieder Ruhe und Realitätssinn in den Laden zu bringen.“

Die Kammer arbeitet in der gegenwärtigen politischen Sackgasse, in der die Minderheitsregierung (MR, Open VLD, CD&V) mit nur 38 der 150 Parlamentssitze völlig machtlos ist, im Rhythmus von Wechselmehrheiten. An diesem Donnerstag ist das Plenum sogar gezwungen, aus den Herbstferien zurückzukehren, um – in letzter Minute – den Nothaushalt für November und Dezember zu verabschieden. Der Grund: Letzte Woche musste diese Abstimmung nach dem besagten Änderungsantrag der Kommunisten verschoben werden. Dieser erhielt mithilfe der linken Opposition (Sozialisten und Grüne) und des ... rechtsradikalen Vlaams Belang die nötige Mehrheit.

Für das Votum am Donnerstag wird es wohl keine (weiteren) Probleme geben. Dann wird der Nothaushalt, einschließlich des PTB-Änderungsantrags, mit Unterstützung der Sozialisten und der Grünen genehmigt. So sieht es auch die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, die ostbelgische Abgeordnete Katrin Jadin (MR-PFF), die erwartet, dass „die Fraktionen sich auf ihre Verantwortlichkeit besinnen“. Die N-VA hatte sich beim letzten Mal geweigert, den Nothaushalt zu genehmigen, und wird ihm auch am Donnerstag ihre Zustimmung verweigern.

Einig sind sich aber alle Akteure, dass die gegenwärtige Situation nicht mehr lange haltbar ist. „Alle Parteien sollten allmählich einsehen, dass wir diese Art von Farcen jede Woche bekommen werden“, zitiert die Zeitung „De Standaard“ die Fraktionssprecherin der flämischen Sozialisten (SP.A), Meryame Kitir. „Das Einzige, was dies ändern kann, ist, dass man endlich mit der Bildung einer neuen Regierung vorankommt. Dieses Mal wird der Haushalt noch genehmigt, aber was ist in zwei Monaten?“ Kitir zufolge hilft es auch nicht, dass so viele Neulinge im Parlament sitzen, insbesondere in den Reihen des Vlaams Belang und der PTB. In der Vergangenheit waren ein Drittel der Abgeordneten Neue und zwei Drittel Altgediente, die wussten, wie das Parlament funktioniert. Jetzt ist die Situation umgekehrt.“ Auch Jadin kann sich vorstellen, dass bei der nächsten Abstimmung über den Nothaushalt erneut Probleme dieser Art entstehen. Sie warnt, wie Finanzminister Alexander De Croo (Open VLD), vor der Gefahr eines „Shutdowns“ (Stilllegung der föderalen Verwaltung).

Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Kristof Calvo, wehrt sich gegen das Bild eines Parlaments, das sich unverantwortlich verhält. „Bisher wurden die provisorischen Zwölfkel stets mit Unterstützung der linken Opposition genehmigt. Dies wird auch am Donnerstag so sein. Die Debatten über ethische Fragen (bei denen Sozialisten, Grüne und Liberale die CD&V ins Abseits gestellt haben, A. d. R.) finden ebenfalls in einer ruhigen Atmosphäre statt. Das größte Problem ist nicht das Parlament, sondern das Fehlen einer Regierung.“

Alle Augen sind auf Premierministerin Wilmès gerichtet.

Solange die Koalitionsverhandlungen andauern und es keine stabile Mehrheit im Parlament gibt, werden insbesondere der Vlaams Belang und die PTB die Macht haben, wichtige Dossiers nach links oder rechts zu kippen. Alle Augen sind nun vor allem auf die neue Premierministerin Sophie Wilmès (MR) gerichtet, damit sie eine Linie, einen Modus vivendi, im Parlament durchsetzt. Sie befindet sich in einer schwachen Position: Nicht nur, dass sie eine Minderheitsregierung leitet; auch hat sie zu wenig Unterstützung von außen für eine Ad-hoc-Mehrheit. Bei Regierungsbildungen ist es üblich, dass die zukünftigen Koalitionspartner in Abwartung eines Abkommens bereits mit der Zusammenarbeit beginnen. Aber dies ist momentan nicht der Fall. Die Föderalregierung sollte rasch wieder zu einem funktionsfähigen Vehikel werden. Darin sind sich Schlüsselakteure und Beobachter einig. Aber die vorsichtigen Pläne, die Regierung zu erweitern, ein Notkabinett zu bilden oder Unterstützung im Parlament für ein vorübergehendes Konstrukt zu suchen, stoßen stets auf die gleichen Einwände: Die N-VA und die PS sind die größten Parteien und müssen die Initiative ergreifen. Solange sie nicht den Beweis geliefert haben, dass sie es versucht und ausreichende Anstrengungen unternommen haben, ist es nicht an den drei (kleinen) Parteien der scheidenden Regierung (MR 14 Sitze, Open VLD 12 Sitze und CD&V 12 Sitze), das Heft in die Hand zu nehmen.

Die Zeit drängt, die Galgenfrist läuft langsam ab. Die Konjunktur schwächelt enorm, der Staatshaushalt entgleist in zunehmendem Maße, das Defizit bewegt sich auf elf Milliarden Euro zu. Bis Ende des Jahres muss Belgien der Europäischen Union außerdem einen Klimaplan vorlegen. Das ist politisch komplex: Die Pläne der Regionen und des Föderalstaates müssen gebündelt werden, um zu zeigen, dass dieses Land die Klimaziele erreicht. Bonne chance, ohne eine Föderalregierung.

Aus Brüssel berichtet

Copyright © 2019 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden